

PRESSEMITTEILUNG

Nr. 0268/2007
05.03.2007

Ausbildung – Der Pakt ist nicht die Lösung des Problems

*Zur Verlängerung des Ausbildungspaktes erklärt **Priska Hinz**, bildungspolitische Sprecherin:*

Weder die Wirtschaftsverbände noch die Bundesregierung dürfen sich auf der heutigen Vereinbarung ausruhen. Zumal die Ziele des neuen Ausbildungspaktes nicht besonders ambitioniert sind – sie gehen noch nicht einmal über das hinaus, was im letzten Jahr real schon erreicht wurde. Wir vermissen eine Initiative der Bundesregierung für die notwendige Strukturreform der Ausbildung.

Es gibt nach wie vor massive Probleme am Ausbildungsstellenmarkt: Ende 2006 war die Lehrstellenlücke größer als im Vorjahr – trotz Konjunkturaufschwung. Die Zahl der Altbewerberinnen und -bewerber ist extrem hoch und Jugendliche mit Migrationshintergrund haben es besonders schwer, einen Ausbildungsplatz zu bekommen. Es ist ein schwaches Ergebnis, dass insbesondere bei der Frage des Ausbildungszugangs für Migrantinnen und Migranten keine konkreten Ziele im Pakt festgeschrieben worden sind.

Nacharbeiten müssen Wirtschaft und Politik auch bei den Einstiegsqualifikationen (EQJ). Noch immer erhalten die meisten Jugendlichen für diese Praktika kein Zertifikat. Noch immer haben fast die Hälfte der EQJ-Praktikantinnen und -praktikanten einen mittleren oder höheren Schulabschluss. Das entspricht nicht der ursprünglichen Zielsetzung, vor allem benachteiligten Jugendlichen eine Ausbildungsperspektive zu geben. Dabei können Unternehmen sogar Unterstützung durch sozialpädagogische Begleitung der Azubis bekommen. Wir erwarten, dass die Wirtschaftsverbände hier mehr Aufklärungsarbeit für die Betriebe leisten.

Alles in allem ist klar: Der Pakt allein reicht bei weitem nicht, um die Herausforderungen in der beruflichen Bildung zu meistern. Wir brauchen dringend eine Strukturreform der Ausbildung in Richtung Modularisierung. Teilqualifikationen müssen besser anerkannt werden, um den Übergang von Schule in den Beruf zu erleichtern. Und auch die Länder stehen in der Verantwortung, die Schulbildung zu verbessern und die Quote der Schulabbrecher zu senken.